Herr Schell erläuterte kurz die Intentionen der CDU Fraktion diesen Antrag zu stellen. Herr Metz regte an im Punkt 1 des Beschlussvorschlages hinter Geothermieanlagen „unter Beachtung ökologischer Aspekte“ einzufügen, weil manches was betriebswirtschaftlich ginge, planungs- und umweltrechtlich nicht möglich wäre.

Herr Schell sagte, diese Ergänzung könnte gerne eingefügt werden.

Der Bürgermeister regte an, diese Prüfung in den Aufsichtsrat der EVG zu geben.

Herr Schell sagte, dass sie keine Probleme damit hätten, wenn die Stadt für den Prüfvorgang auf das Know-how der EVG zurückgreifen würde, aber weil bei der EVG die Stadt Bonn mitbeteiligt wäre, hätten sie es für sinnvoller erachtet, es als Prüfauftrag an die Stadt zu geben.

Der Bürgermeister wies daraufhin, dass die Prüfung Geld kostet. Eine gewinnbringende Gesellschaft wie die EVG könne das einfacher gestalten, als eine Stadt, die sich in der Haushaltssicherung befinde.

Herr Metz stimmte den Anregungen des Bürgermeisters zu.

Herr Schell zeigte Verständnis für die haushalterische Lage, aber er gab zu bedenken, wenn sie das über die EVG prüfen ließen, dann gäbe die Stadt bei Umsetzung auch die Hälfte des evtl. Ertrages an die Bonner ab. Vielleicht könnte die Verwaltung erst mal feststellen, was diese Prüfung kosten würde, um in einem späteren Schritt zu entscheiden, wo dieser Auftrag hingegeben würde.

Herr Waldästl sagte, dass er diesen Aufwand für die Feststellung der Kosten einer Prüfung der Verwaltung derzeit ersparen möchte. Sie hätten sich auf den Weg gemacht gemeinsam mit Bonn die Stadtwerke Sankt Augustin zu betreiben, daher glaube er, dass es der falsche Weg wäre jetzt zu sagen, wir möchten das nicht von der EVG prüfen lassen, dann müssen wir später den evtl. Gewinn mit den Bonnern teilen. Ihm wäre es lieber, sie teilten das Risiko, die Kosten der Prüfung, mit Bonn und sie würden es nachher gemeinsam machen und auch den Ertrag teilen. Daher meine er, dass es in der EVG richtig aufgehoben wäre und sie könnten den Beschluss mit der Ergänzung von Herrn Metz so fassen.

Herr Metz antwortete dazu, dass die Diskussion zeigen würde, dass der Antrag noch nicht so richtig ausgereift wäre. Er schlage daher vor, dass die Verwaltung mal prüfen solle, was so ein Vorscreening kosten würde.

Der Bürgermeister schlug vor, dass die Verwaltung diesen Prüfauftrag erst mal annehme, weil die interessante Wärmequelle auch in Sankt Augustin verortet ist, bis zu dem Stand, dass Kosten entstehen. Das Ergebnis dieses Prüfauftrages würde dann in dem entsprechenden Ausschuss vorgestellt und die weitere Vorgehensweise könnte dann beschlossen werden.

Im Anschluss fasst der Ausschuss unter den zuvor vom Bürgermeister zugesagten Voraussetzungen folgenden Beschluss: